

Erste Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums.

Ein lntes Präsidium: Stadtv. Riß (Soz.) Vorsitz; Stadtv. Greger (Komm.) 1. Stellvertreter; Stadtv. Brandenburg (Soz.) 2. Stellvertreter.
Der kommunistische Antrag auf Gewährung von Zulagenunterstützungen mit Stimmenmehrheit angenommen. — Gefällige Platzarten.

Das am 12. November 1933 neu gewählte Stadtverordnetenkollegium hielt gestern abend von 18,30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule seine erste öffentliche Sitzung ab, zu welcher auf Grund der geschlichen Bestimmungen Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider eingeladen hatte. Das Kollegium war vollständig vertreten. Vom Parteifollegium waren außer Herrn Oberbürgermeister Dr. Scheider Herr Bürgermeister Gaus und Herr Stadtrat Walter anwesend. Die ursprüngliche Tagesordnung umfaßte 5 Punkte, und zwar:

1. Einweisung der wieder- bzw. neu gewählten Stadtverordneten.
2. Wahl des Vorsitzers.
3. Wahl der beiden Stellvertreter des Vorsitzers.
4. Wahl des Schriftführers.
5. Entschliessung über die en. Bildung eines Sonderausschusses innerhalb der Stadtverordneten zur Vorbereitung der Wahlen für die gemischten händigen Ausschüsse.

Anschließend wurde noch ein Antrag der kommunistischen Fraktion: a) Gewährung von Sonderbeihilfen, b) Anerkennung des Erwerbslosen-Ausschusses durch die Stadtbehörde, mitberaten.

Der gestrigen ersten Sitzung der Stadtverordneten wurde seitens der Einwohnerschaft begeisterteste Interesse entgegengebracht. Sämtliche verfügbaren 142 Platzarten, die bekanntlich von dem einzelnen Fraktionen nach deren Stärkeverhältnis vorausbestimmt werden können, waren vergriffen, so daß der Zuschauerraum voll besetzt war. Leider wurde ein Pölschungsmandatverinforn infolge, als ein Teil gefälliger Eintrittskarten mit vorausbestimmt worden war und auch benutzt wurde, so daß es bereits vor Beginn der Sitzung unliebsame Auseinandersetzungen gab, und Polizeibeamte, die zunächst am Eingange zur Schule postiert waren und während der Sitzung Bereitschaftsdienst hatten, kontrollierend einschreiten und einige Inhaber gefälliger Platzarten aus dem Sitzungssaal entfernen mußten. Einer der Besucher hat bei: kontrollierenden Polizeibeamten erklärt, daß er die in seinem Besitz befindliche gefällige Platzkarte von einem kommunistischen Stadtverordneten erhalten habe. Durch die Aufmerksamkeit der Polizeibeamten ist bereits am Eingange zur Schule eine Anzahl gefälliger Karten eingezogen und die Namen der Inhaber festgehalten worden. Wie uns mitgeteilt wurde, sind auch am Platz vor der Schule mehrere gefällige Karten gefunden worden. — Erst nachdem Ordnung geschaffen worden war, konnte die Sitzung eröffnet werden.

Der Sitzungssaal bot gestern infolgedessen ein verändertes Bild, als man unter der Stadtverordneten verschiedene neue Gesichter bemerkte und besonders auch dadurch, daß die NSDAP. ehemalige Vertreter als Stadtverordnete entliefen. Sämtliche Vertreter der Nationalen Bürgerlichen Fraktion waren bereits während der letzten Amtsperiode Mitglieder des Kollegiums; in die sozialdemokratische Fraktion sind 2 Herren neu gewählt worden, während die jetzige kommunistische Fraktion aus 5 neuzugewählten Mitgliedern und einem bisher dem Kollegium angehörigen Stadtverordneten besteht. Auch die Platzordnung der Stadtverordneten ist eine andere geworden. Den 7 nationalsozialistischen Stadtverordneten, die in der Parteifollegium erschienen waren, sind die Plätze am weitesten rechts zugewiesen worden, es folgen die 7 Mitglieder der Nationalen Bürgerlichen Fraktion, dann die 11 sozialdemokratischen und am weitesten links die 6 kommunistischen Stadtverordneten. — Abgesehen von den verschiedenen Vorkommnissen, die durch die Auslösung gefälliger Platzkarten hervorgerufen waren und zu Enttäuschungen aus der Mitte der Zuschauerschaft Veranlassung gaben, sind gestern Sessationsstörungen kaum auf ihre Rechnung gekommen. Außer einigen Verwarnungen, die zühörende Zuschauer entgegennehmen mußten, ging es verhältnismäßig ruhig zu. Nur als die Debatte über die kommunistischen Anträge über Gebühr und teilweise unzulässig in die Länge gezogen wurde, erdnete von der rechten Seite wiederholt der Ruf: „Zeitvergeudung!“

Den Mittelpunkt der Eröffnungsitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums bildete die Wahl des Präsidiums, das, wie aus dem folgenden Sitzungsbericht zu ersehen ist, ausschließlich aus Mitgliedern der beiden linken Fraktionen besteht. Als Vorsitzender wurde durch Stichwahl Herr Stadtv. Riß (Soz.) gewählt, als erster Stellvertreter Herr Stadtv. Greger (Komm.) und als zweiter Stellvertreter Herr Stadtv. Brandenburg (Soz.). Als Schriftführer wurde wiederum Herr Verwaltungsobersekretär Schäßlich gewählt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß nach den geschlichen Bestimmungen der Oberbürgermeister die erste Sitzung des neu gewählten Stadtverordnetenkollegiums einzuberufen und bis zur erfolgten Wahl des Vorsitzers zu leiten habe. Er gab sodann zunächst bekannt, daß am Morgen des gestrigen Tages ein schriftlicher Antrag der kommunistischen Fraktion eingegangen sei, die Sitzung zu versetzen und die erste öffentliche Stadtverordnetenversammlung in einen der größten hiesigen Säle zu verlegen; ferner das von dem bisherigen Stadtverordnetenkollegium beschlossene Platzartensystem anzuhaken.

Dieser Antrag wurde zu beiden Teilen, nachdem der kommunistische Stadtverordnete Herr Greger die Eingabe ergiebig begründet und die übrigen Fraktionen ihre ablehnende Stellungnahme erklärt hatten, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Demnach erfolgte die

Einweisung der wieder- bzw. neu gewählten Stadtverordneten

durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Scheider. Er dankte den mit Ende des Jahres 1932 ausgeschiedenen Damen und Herren für ihre treue und aufopfernde Tätigkeit im Interesse unserer Stadt und deren Einwohnerschaft. An die wieder- und an die neu gewählten Mitglieder des Kollegiums richtete er die Bitte, sich immer vor Augen zu halten, der Stadt Weites zu fördern. Es habe sich bisher immer erwiesen, daß trotz Verschiedenheit politischer Einstellung bei gutem Willen Erspriechliches geleistet werden könne. Herr Oberbürgermeister hat um gegenseitige Hochachtung, wie auch er jedem einzelnen Stadtverordneten mit gleicher Hochachtung entgegenzutreten werde. Er verwies im weiteren auf die Pflichten der Stadtverordneten, die in § 59 der Gemeindeordnung festgelegt seien. Ein großes Programm vorzutragen, wolle ihm in Anbetracht der finanziellen Verhältnisse nicht als angebracht scheinen. Man werde versuchen müssen, durchzuführen, was in unseren Kräften liege. Es erfolgte sodann die Einweisung der Stadtverordneten mit dem Wunsch, daß die Mitarbeit jedem Stadtverordneten Freude und Befriedigung erbringen möge.

Wahl des Vorsitzers

geschritten. Nachdem hierzu Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider die maßgebenden Bestimmungen der Gemeindeordnung verlesen hatte, bestimmte er die Stadtverordneten Herren Gähler (KPD.) und Köhler (NSDAP.) zu Wahlgeschützen.

Namens der kommunistischen Fraktion beantragte Herr Stadtv. Greger, das Amt des ersten Vorsitzers der kommunistischen Fraktion zuzugestehen. Er bemerkte noch, daß die Kommunisten bei einer evtl. Stichwahl bei der Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzers dem soz.-dem. Kandidaten ihre Stimme geben werden, um das Präsidium nicht in die Hände von Faschisten zu bringen.

Von Seiten der Fraktion der NSDAP. wurde für das Vorsitzersamt Herr Stadtv. Dr. Lehner in Vorschlag gebracht, die kommunistische Fraktion schlug Herrn Stadtv. Greger, und die SPD.-Fraktion Herrn Stadtv. Riß vor. Namens der Nationalen Bürgerlichen Fraktion erklärte Herr Stadtv. Adler, daß die Fraktion sich ihren Wählern gegenüber verantwortlich fühle und keine Veranlassung habe, sich ins Schlepptau nehmen zu lassen; er schlage deshalb den bisherigen bewährten Vorsitzenden Herrn Dr. Mühlmeister vor.

Bei der nunmehr folgenden Wahl durch Stimmzettel wurden insgesamt 31 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen auf die Herren Riß (SPD.) 11 Stimmen, Dr. Mühlmeister 7 Stimmen, Dr. Lehner 7 Stimmen und Greger 6 Stimmen. — Da keiner von den vorgeschlagenen Herren eine absolute Mehrheit erlangt hatte, machte sich Stichwahl zwischen den Herren Riß, Dr. Mühlmeister und Dr. Lehner notwendig.

Auch in diesem Wahlgange wurden insgesamt 31 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen auf Herrn Riß 17 Stimmen, auf die Herren Dr. Mühlmeister und Dr. Lehner je 7 Stimmen.

Herr Stadtv. Riß (SPD.) ist somit zum Vorsitzenden des Kollegiums gewählt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider begrüßte zunächst namens des Rates Herrn Stadtv. Vorsitzenden Riß und wies anschließend daraufhin, daß in den Jahren nach dem Kriege schon wiederholt ein Vertreter der SPD.-Fraktion das ansehnliche Amt des Stadtverordneten-Vorsitzers bekleidet und daraus in gutem Einvernehmen mit dem Rate zusammengearbeitet habe. Mit der Bitte, das Vorsitzersamt nach bestem Willen und Gemissen zum Wohle der Stadt Riesa zu verwalten, übertrug Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider Herrn Stadtverordneten-Vorsitzenden Riß die weitere Leitung der Sitzung.

Herr Stadtverordneten-Vorsitzenden Riß übernahm das Amt mit dem Ausdruck des Dankes an Herrn Oberbürgermeister und an das Gesamtkollegium. Es sei selbstverständlich, daß er das Vorsitzersamt jederzeit nach besten Kräften zu verwalten bemüht sein werde. Auch die bisherigen guten Beziehungen zwischen dem Rate, und Stadtverordneten-Kollegium werde er auch weiterhin aufrecht zu erhalten suchen. Herr Riß wies des weitern daraufhin, daß mit der Annahme eines Stadtverordneten-Mandates jeder einzelne eine schwere Verpflichtung gegenüber seiner Partei, besonders aber gegenüber der Allgemeinheit auf sich nehme. Er wies besonders daraufhin, daß er glaube, es werde ihm gelingen, die verschiedenen gegenseitigen Befürchtungen, daß das neue Stadtverordneten-Kollegium sich nicht lange als arbeitsfähig erweisen werde, zu zerstreuen. Allerdings dürften die parteipolitischen Meinungsgegenstände keinen Anlaß für eine nicht sachgemäße Abwägung der Stadtverordneten-Pflichten geben. Die großen Meinungsgegenstände dürften kein Hindernis einer gemeinsamen erzieherischen Arbeit sein. Er hoffe auf tatkräftige Unterstützung aller Stadtverordneten. In dieser Hoffnung, so schloß Herr Stadtverordneten-Vorsitzenden Riß, nehme ich das Amt an.

Wahl des ersten Stellvertreters des Vorsitzers

Da sowohl die Nationale Bürgerliche Fraktion als auch die Fraktion der NSDAP. hierbei auf Vorschläge verzichteten, wurde der von der KPD.-Fraktion und auch von der SPD.-Fraktion vorgeschlagene kommunistische Stadtv. Greger als erster Stellvertreter des Vorsitzers gewählt.

Wahl des zweiten Stellvertreters des Vorsitzers

Diese Wahl erfolgte wieder durch Stimmzettel. Von der SPD.-Fraktion wurde Herr Stadtv. Brandenburg, von der KPD.-Fraktion Herr Stadtv. Benedix in Vorschlag gebracht. Es wurden wiederum 31 Stimmzettel abgegeben, von denen 14 unbeschrieben waren. Die übrigen Stimmzettel vereinigten auf Herrn Stadtv. Brandenburg 11, auf Herrn Stadtv. Benedix 6 Stimmen. Da auch hier eine absolute Mehrheit nicht vorhanden war, mußte ein zweiter Wahlgang erfolgen. Hier erhielt Herr Stadtv. Brandenburg 12, Herr Stadtv. Benedix 6 Stimmen; 14 Stimmzettel waren wiederum unbeschrieben. — Herr Stadtv. Brandenburg (SPD.) galt somit als zweiter Stellvertreter des Vorsitzers gewählt.

Die genannten Herren nahmen die auf sie gefallene Wahl an.

Wahl des Schriftführers

Vor der Wahl des Schriftführers nahm der bisherige Stadtverordneten-Vorsitzende Herr Dr. Mühlmeister nachträglich noch Gelegenheit, dem bisherigen Schriftführer, Herrn Verwaltungsobersekretär Schäßlich, für dessen einwandfreie Arbeit während der verflochtenen drei Amtsjahre namens des alten Kollegiums zu danken und seine Wiederwahl zu empfehlen. Einstimmig wurde Johann Herr Schäßlich als Schriftführer wiedergewählt.

Entschliessung über die en. Bildung eines Sonderausschusses innerhalb der Stadtverordneten zur Vorbereitung der Wahlen für die gemischten händigen Ausschüsse.

Seitens der Fraktion der NSDAP. wurde hierzu vorgeschlagen, einen solchen Sonderausschuss nicht zu bilden, sondern die Wahlen für die gemischten händigen Ausschüsse sofort vorzunehmen. — Herr Stadtv. Vorsitzenden Riß wies daraufhin, daß die Wahl für die Ausschüsse heute nicht vorgenommen werden könne, da dies nicht auf der Tagesordnung liege. Nachdem er noch mitgeteilt hatte, daß er beabsichtige, bereits in der kommenden Woche wieder eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung einzuberufen, wurde einstimmig beschlossen, die Bildung eines Sonderausschusses abzulehnen.

Anträge der Kommunisten

Die Anträge fordern Beschlußfassung, den Rat zu beauftragen, jedem Unterhaltungsempfänger wöchentlich aus händlichen Mitteln als Zulage zu seiner Unterhaltung 1 Vierpfundrot, jedem weiteren Zulagenempfänger 1 weiteres Vierpfundrot, ferner jedem Unterhaltungsempfänger monatlich 1 Zentner Kohle, für Unterhaltungsempfänger mit eigenem Haushalt je 2 Zentner Kohle pro Monat zu gewähren. Des weitern wird beantragt, jedem

Unterhaltungsempfänger aus händlichen Mitteln monatlich 4 Zentner Kohle, für Unterhaltungsempfänger monatlich 1 Zentner Kohle als Zulageunterstützung zu bewilligen.

Nachdem Herr Stadtv. Dübner in weitläufiger Begründung auf dem Antrag gesprochen hatte, beantragte er, über die Anträge sofort zu beraten. Dieser Antrag wurde gegen die 7 Stimmen der Nationalen Bürgerlichen Fraktion angenommen. — Namens der Fraktion der NSDAP. erklärte Herr Stadtv. Dr. Lehner, daß seine Fraktion Anträge, durch deren Annahme den Rotleidenden geholfen werden könne, aufs wärmste unterstütze. Redner gab aber anschließend die grundsätzliche Erklärung ab, daß seine Fraktionsgenossen als sachlich arbeitende Kommunalpolitiker zunächst wissen möchten, woher die Mittel zur Durchführung der Anträge genommen werden sollen. Aus diesem Grunde beantragte die Fraktion, die Angelegenheit zunächst an den Finanzausschuss zu verweisen.

Herr Stadtv. Dr. Riß verlas hierzu ein Schreiben des Wohlfahrtsamtes, in welchem darauf hingewiesen wird, daß nach den von der Kreisbauernschaft festgesetzten ordnungsgemäßen Bestimmungen neben der zu gewährenden Unterstüttung laufende Sonderunterstützungen ohne Prüfung des Einzelfalles unzulässig sind und gegebenenfalls die Reichsbeihilfe eingezogen werden würde. Die Durchführung des Antrages würde im laufenden Monat 31 000 RM. erfordern; bis Ablauf des gegenwärtigen Rechnungsjahres (31. März 1933) würde der Aufwand den Betrag von 95 000 RM. erreichen.

Herr Stadtv. Mühlmeister erklärte zu den kommunistischen Anträgen, daß auch die bereits längere Zeit amtierenden Stadtverordneten selbstverständlich ein Herz für die Rotleidenden haben, daß sie sich aber aus Erfahrung leider gezwungen sehen, Anträge abzulehnen, solange keine Deckung vorhanden ist. — Es entspann sich anschließend eine längere Aussprache zwischen den beiden linken Fraktionen, wobei es an gegenseitigen Vorwürfen und Vorhaltungen nicht fehlte. Herr Stadtv. Adler erklärte nochmals, daß ähnliche große Debatten, wie sie eingeleitet haben, wohl kaum zu praktischer Arbeit führen könnten. Er verwies nochmals auf den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion, da die Deckungsfrage einfach nicht zu lösen sei. — Herr Stadtv. Dr. Lehner bemerkte, daß die Aussprache nicht erzielte habe, woher das benötigte Geld genommen werden solle; die Fraktion der NSDAP. lehne den Antrag als Farce ab. — Es wurde schließlich ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Anträge zur Abstimmung gestellt.

Der Antrag, Zulagenunterstützungen bezw. an den Finanzausschuss zu überweisen, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Antrag, Zulagenunterstützungen zu gewähren, wurde gegen die Stimmen der nationalsozialistischen und der nat.-bürgerlichen Fraktion mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der weitere Antrag, den Erwerbslosen-Ausschuss durch die Stadtbehörde anzuerkennen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Nach Verlesung und Vollzug der Niederschrift hatte die erste Sitzung des neuen Stadtverordneten-Kollegiums gegen 20 Uhr ihr Ende erreicht.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 11. Januar 1933.

— Weiterverbreitung für den 12. Januar (Mitgeteilt von der Sächs. Landesweiterwartung zu Dresden.) Fortbestand des unbehänd an Witterungscharakter, starke Bewölkung, höchstens vorübergehend aufklarende, Ausfluten von leichten Niederschlägen, Schnee nur in den hohen Gebirgsregionen liegen bleibend, Temperaturen wenig verändert, schwache bis mäßige Winde, anfangs aus West, später aus Nordwest.

— Daten für den 12. Januar 1933. Sonnenaufgang 8,06 Uhr. Sonnenuntergang 16,11 Uhr. Mondaufgang 16,37 Uhr. Monduntergang 8,58 Uhr. Wir machen darauf aufmerksam, daß die von uns täglich angegebenen astronomischen Zeiten für Auf- und Untergang der Sonne und des Mondes für den 15. Grad östlich von Greenwich gelegenen mittteleuropäischen Meridian, der etwa Stargard in Pommern, Sorau, Görlitz usw. berührt, und für die Breite von Berlin gelten. Um die Auf- und Untergangzeiten für andere Orte nach mittteleuropäischer Zeit zu berechnen, ist der einmalige Unterschied zwischen dieser und der Ortszeit festzustellen und dann jeweils abzuziehen oder hinzuzurechnen.

- 1519: Kaiser Maximilian I. in Weis aek. (geb. 1459).
- 1746: Der Pädagoge Heinrich Wolkow in Bütch geb. (gek. 1827).
- 1829: Der Schriftsteller Friedrich v. Schlegel in Dresden geb. (geb. 1772).
- 1838: Der Philosoph und Nationalökonom Eugen Dühring in Berlin geb. (gek. 1921).
- 1852: Der französische Marschall Joseph Jacques Colaire Joffre in Alençon geb. (gek. 1921).
- 1858: Der Tiroler Patriot Vater Johann Sonim Dapfnger in Salsburg geb. (gek. 1876).
- 1929: Der Diktator Dietrich Schärer in Berlin geb. (geb. 1854).

— Zimmerbrand. Jedenfalls durch explodierte Benzinsale entstand heute nachmittag kurz vor 2 Uhr in der Wohnung des Herrn Direktor Werdes, Hübler-Wahl, ein Zimmerbrand, der leicht größere Ausdehnung annehmen konnte. Dank zweier im Wählerverschäftigter Feuerwehrleute konnte durch Eingreifen mittels Trockenlöcher der Brand gelöscht werden, so daß die nach erfolgtem Anruf sofort erschienene Alarmabteilung des Freim. Rettungskorps nicht eingegriffen brauchte.

— Kuwertung von Sparguthaben. Das Ministerium des Innern hat unter dem 9. d. M. folgende Verordnung erlassen: Um sich die Mittel für die von den Gläubigern geforderte völlige oder teilweise Rückzahlung der ausgewerteten Sparguthaben zu verschaffen, haben sich die Sparkassen entschließen müssen, Kuwertungshypothesen zu kündigen. Von der Kündigung werden vielfach auch Personen betroffen, die gleichzeitig Aufwertungsgläubiger und Aufwertungshypothesenschuldner derselben Sparkasse sind. Das Verlangen dieser Personen, das Kuwertungsguthaben auf die fällig gewordenen Hypothesen zu verrechnen, ist von den Sparkassen meist mit der Begründung abgelehnt worden, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Kuwertung in diesem Falle nicht gegeben seien. Diese Stellungnahme der Sparkassen läßt sich zwar rechtlich nicht beanstanden, wird aber von den Sparkassengläubigern nicht verstanden, sondern von ihnen nicht mit Unrecht als unbillig harte empfunden. Das Ministerium des Innern sieht sich daher veranlaßt, den Sparkassen dringend zu empfehlen, in den vorstehend bezeichneten Fällen, auch ohne das Vorhandensein einer rechtlichen Verpflichtung, das Kuwertungsguthaben in vollem Umfang auf die fällig gewordenen Hypothesen zu verrechnen.